

Deutscher Bundestag
Stenographischer Bericht
7. Sitzung
Berlin, Donnerstag, den 26. November 2009

Christoph Strässer (SPD)

Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
**Kinderrechte stärken – Erklärung zur UN-Kinderrechtskonvention
zurücknehmen**
– Drucksache 17/57 –

Christoph Strässer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Von denjenigen, die nicht zum ersten Mal zu diesem Thema sprechen, bin ich wahrscheinlich derjenige, der am ältesten aussieht.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Das soll aber nichts daran ändern, dass es auch im gesteigerten Alter noch wichtig und richtig ist, sich für die Rechte von Kindern einzusetzen. Frau Kollegin Noll, Sie haben recht: Natürlich würde es der Bundesrepublik Deutschland gut anstehen, wenn sie mit hoher Legitimation die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in den Staaten, wo dies noch nicht geschehen ist, vorantreiben könnte. Wieso sollen aber ausgerechnet wir aus Sicht anderer Länder Glaubwürdigkeit besitzen, wenn wir selbst nicht in der Lage sind, die Kinderrechtskonvention ihrem Sinne und Inhalt nach komplett und vollständig umzusetzen? Das ist doch genau der Punkt, mit dem wir es die ganze Zeit zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich bin weiß Gott nicht jemand, der alles auf andere schieben will. Herr Kollege Haibach, wir haben in den letzten vier Jahren im Menschenrechtsausschuss wirklich eingehend versucht, einen Konsens in der Großen Koalition hinzubekommen. Ich weiß, dass das Hindernis nicht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. Ich muss aber doch konstatieren, dass es im letzten Jahr, im Herbst 2008, eine Bundesratsinitiative von SPD-regierten Ländern gegeben hat. Die gibt es immer noch, und im Mai wird wahrscheinlich noch Weiteres dazukommen; das ist ja ganz gut. Ich darf Sie daran erinnern, woran dieser Vorstoß gescheitert ist. Er ist daran gescheitert, dass diese Initiative im Bundesrat noch nicht einmal diskutiert worden ist. Die CDU-regierten Länder haben die Diskussion verweigert. Sie haben gesagt: Wir machen das nicht.

Ich kann Ihnen auch sagen, warum das so ist. Man hat damals – das ist doch der eigentliche Skandal – den ausländerrechtlichen Vorbehalt in den Ratifizierungsprozess eingeführt, weil man der Meinung war – Entschuldigung, ich sage das etwas platt und überspitzt –: Wenn Deutschland das macht, dann werden wir von Kindern überschwemmt, auf die diese Kinderrechtskonvention zutrifft. – Das ist absurd. Das ist zynisch. Das ist menschenfeindlich. Das muss man ganz einfach einmal sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlen, die genannt worden sind, sprechen eine ganz deutliche Sprache. Es ist wirklich nicht nachvollziehbar, mit welchen Argumenten ein Bundesland – welches auch immer – sagen kann: Wir wollen diese Umsetzung in dieser Situation nicht durchführen. Ich kann nur sagen: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Aber auch das, was ich im Koalitionsvertrag gelesen habe, überzeugt mich definitiv nicht. Auf die einfache, pauschale Formulierung „Wir wollen etwas erreichen“ müssen Taten folgen. Sie können sich nicht darauf zurückziehen, dass die Legislaturperiode gerade erst angefangen hat.

(Sibylle Laurischk [FDP]: Zweite Sitzungswoche!)

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten gehört und gelesen, dass sich CDU/CSU und FDP darauf vorbereitet haben, gemeinsam zu regieren. Wenn es möglich gewesen wäre, in einem solch relativ einfachen Fall schnell eine Abstimmung herbeizuführen, dann hätten wir diese Diskussion heute Abend nicht. Ich unterstütze Sie doch, Frau Laurischk. Sie sind doch diejenigen, die das wahrscheinlich betrieben haben. Sie können darauf zählen, dass Sie die Unterstützung der Opposition haben, wenn Sie das umsetzen wollen. Aber die Erfahrungen, die wir haben – das sage ich Ihnen noch einmal ganz deutlich –, sprechen eine ganz andere Sprache. Ich möchte Ihnen deshalb ein Beispiel nennen, um zu zeigen, um was es eigentlich geht.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Fischbach?

Christoph Strässer (SPD):

Ja, sicher. Ich habe heute schon viele gute Zwischenfragen gehört, die immer beste Profilierungschancen geboten haben.

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Dann hoffe ich jetzt auf eine gute Antwort, Herr Kollege Strässer. Ich wollte nur fragen, ob Ihnen bewusst ist, dass in den rot-grünen Regierungsjahren selbst Ihre Minister vor der Kinderkommission gesagt haben, sie brauchten es gar nicht zu versuchen, und sie würden es auch nicht versuchen, die Vorbehalte zurückzunehmen, weil da eigentlich nichts richtig zurückzunehmen ist. Die Entwicklungen seien eigentlich so fortgeschritten, dass man sie gar nicht mehr zurücknehmen müsse. Deshalb sei man diesen Weg nicht gegangen. Stimmen Sie mit mir darin überein, dass es auch unter Ihrer Ägide – Sie sagten gerade, es liege nur an der CDU –, also selbst unter Rot-Grün, nicht möglich war, diesen Weg zu gehen?

Christoph Strässer (SPD):

Ich glaube, Sie haben mir nicht richtig zugehört. Ich habe zu Beginn gesagt: An der Tatsache, dass wir jetzt darüber streiten, sind alle mitschuldig. Nur, ich kann Ihnen noch einmal sagen – das betraf den Hinweis auf die Bundesratsinitiative des letzten Jahres –: Alle SPD-regierten Bundesländer haben diesen Antrag im Bundesrat eingebracht, und er ist ausschließlich an den Bundesländern gescheitert, die von Ihrer Partei regiert werden. Dann können Sie sich bitte schön hier nicht hinstellen und bei uns Glaubwürdigkeit in Anspruch nehmen, die Sie in den letzten vier Jahren aus meiner Sicht massiv verspielt haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wie gesagt: Mir geht es gar nicht darum, jetzt die Vergangenheit zu bewältigen, sondern mir geht es darum, dafür zu sorgen, dass es nach vorne geht. Ich will Ihnen dazu ein Beispiel nennen, was sich in diesem Jahr, im Jahr 2009, im Land Niedersachsen abgespielt hat. Wir reden

hier immer ganz pauschal über Verfahren, wir reden ganz pauschal über Grundrechte, aber es sind Einzelschicksale. Da wird ein 16-jähriges Romamädchen unbegleitet in das Kosovo abgeschoben. Dieses Mädchen ist aus Furcht vor sexuellen Übergriffen, die es erlitten hat, nach Deutschland gekommen. Wo seine Eltern sind, weiß kein Mensch. Es wird alleine nach Pristina abgeschoben, obwohl wir wissen, dass das die europäische Drehscheibe für Menschenhandel, für Frauenhandel und für Prostitution ist. Das ist die praktische Folge dessen, was wir hier seit vielen Jahren bekämpfen. Alleine deshalb sage ich: Die Frage der Umsetzung der Kinderrechtskonvention hat auch massiv etwas mit Menschenwürde, mit Kinderrechten insgesamt zu tun.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das angesichts aller fortschrittlichen Dinge, die unter Rot-Grün und der Großen Koalition geschehen sind: Solange das nicht geregelt ist, ist für viele Kinder und Jugendliche in diesem Alter der Anspruch, dass Deutschland ein kinderfreundliches Land ist, ein purer Etikettenschwindel. Wir sind gerne bereit, diesen Etikettenschwindel dadurch zu beseitigen, dass wir es jetzt endlich in den nächsten vier Jahren hinbekommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)